

Friseure brauchen Zukunft

Wir sind keine Unternehmer zweiter Klasse!

Das Handwerk hat Zukunft, besonders das Friseurhandwerk: Täglich bedienen in Deutschland rund 223.000 Friseurinnen und Friseure knapp 1 Million Kundinnen und Kunden. Kein anderer Beruf hat täglich mit so vielen Menschen über mehrere Stunden persönlichen Kontakt und sorgt dabei für Würde und Wohlbefinden.

Die Branche steht vor historischen Herausforderungen: Personalmangel, fehlender Nachwuchs, stetig wachsende Schwarzarbeit und rasant ansteigende Zahlen von Kleinstbetrieben, die keine Mehrwertsteuer abführen, bedrohen die Branche und viele Existenzen.

In Deutschland sind wir

- 80.399 Salonbetriebe
- 51.600 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen
zusätzlich 20.200 umsatzsteuerbefreite Selbstständige
- 223.700 Beschäftigte,
davon 81% Frauen
- 14.200 Auszubildende,
davon 35% mit ausländischer Staatsbürgerschaft
- 6 Mrd. Euro Nettoumsatz in 2021

Industrie und Großkonzerne werden mit zahlreichen Förderungen bedacht, während alle persönlichen Dienstleister – so auch das Friseurhandwerk als hoch arbeitsintensives Handwerk – bei der wirtschaftlichen Unterstützung der Bundesregierung unberücksichtigt bleiben!

Wir fordern faire Wettbewerbsbedingungen:

1. Reduzierung der Mehrwertsteuer auf persönliche Dienstleistungen auf 7%
2. die steuerliche Geltendmachung der Friseurdienstleistung
3. Unterstützung der Ausbildungs- und Integrationsleistung
4. konsequente Verfolgung von Schwarzarbeit

Friseure brauchen Zukunft

Wir sind keine Unternehmer zweiter Klasse!

1. Reduzierung der Umsatzsteuer auf 7% für Friseurdienstleistungen

Aufgrund der Kleinstunternehmerregelung wird bis 22.000 € keine Umsatzsteuer abgeführt. Damit werden jene bevorteilt, die ihre Preise exklusive 19% Umsatzsteuer kalkulieren und anbieten. Diese machen rund 30% der Friseurunternehmen aus, Tendenz steigend.

Sie leisten keinen Beitrag zur Zukunft der Branche, da die meisten weder für langfristige und stabile Beschäftigungsverhältnisse sorgen noch ausbilden und damit keine Sozialversicherungsabgaben zahlen. Zudem führen sie keine Umsatzsteuer ab.

Das Friseurhandwerk ist eine personalintensive Branche. Traditionell ist es standorttreu und sorgt hier für Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Preiserhöhungen sind allein aufgrund konjunktureller Entwicklungen regelmäßig nötig. Eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes kann dabei jedoch helfen, deren Umsetzung moderater zu gestalten. So wird die Abwanderung in die Schattenwirtschaft reduziert. Und die Nachfrage seitens der Verbraucher im mehrwertsteuerpflichtigen Bereich bleibt konstant. Wir wollen weiterhin faire Löhne zahlen, für Ausbildung sorgen und so eine Perspektive für die Zukunft der Menschen im Friseurhandwerk bieten. Aus diesem Grund fordern wir erneut eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf 7 Prozent. Dies verleiht den Friseurunternehmen wirtschaftlichen Handlungsspielraum.

2. Steuerliche Absetzbarkeit persönlicher Dienstleistungen

Ein gepflegtes Äußeres gehört bis zum Lebensende zum unabdingbaren Grundbedürfnis jedes Einzelnen. Für personalintensive persönliche Dienstleistungen ohne großen Handlungsspielraum bei der Preisgestaltung fordern wir die Absetzbarkeit dieser Dienstleistung.

Die wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten zwei Jahre – Coronanachwirkungen, extreme Energiepreiserhöhungen und Inflation – machen es Unternehmen zunehmend unmöglich, wirtschaftlich effizient zu arbeiten. Auch unsere Kundinnen und Kunden sind von diesen Entwicklungen stark betroffen. Wir als Friseurhandwerk stellen fest, dass sie ihre Besuchshäufigkeit verringern, um Kosten zu sparen. Deshalb fordern wir: Schaffen Sie durch die Absetzbarkeit der persönlichen Dienstleistungen Erleichterung auf Seiten der Kundinnen und Kunden sowie deren Haushalte.

3. Finanzielle Unterstützung wertvoller Ausbildung und Integration

Ausbildung bedeutet einen erheblichen Kosten- und Zeitaufwand, den sich viele Unternehmen aktuell nicht leisten können. Inzwischen bilden nur noch 11 Prozent aller Friseurbetriebe aus, Tendenz weiter abnehmend.

Ganz besonders in der Ausbildung übernimmt das Friseurhandwerk eine hohe integrative Leistung. In den vergangenen Jahren wurden viele Tausende Menschen über den Friseurberuf ins Arbeitsleben integriert – momentan haben 35 Prozent der Auszubildenden in Deutschland eine andere Staatsangehörigkeit. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen sehen wir die Ausbildungsstärke und die darin beinhaltete Integrationsleistung stark in Gefahr. Unterstützen Sie ausbildende Betriebe mit einer steuerlichen Entlastung von Sozialabgaben bei Auszubildenden. Darüber hinaus fordern wir eine Gleichstellung von schulischer und akademischer Bildung.

Friseure brauchen Zukunft

Wir sind keine Unternehmer zweiter Klasse!

4. Schwarzarbeit bekämpfen

Kein Handwerk ist mit so wenig Materialeinsatz im privaten Umfeld umzusetzen und somit in die Schattenwirtschaft zu überführen. In Zeiten knapper Kassen ist Schwarzarbeit das wohl am stärksten wachsende Segment in unserem Handwerk. Es mangelt an Kontrollen. Betriebe mit offensichtlich hinterfragungswürdigem Geschäftsgebaren sollten zumindest den Druck möglicher Strafen spüren und ihr Handeln überdenken, um einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen.

Erhöhen Sie die Kontrollen und setzen Sie Maßnahmen, um die Existenzgrundlage ehrlicher Unternehmerinnen und Unternehmer zu erhalten. Wir fordern strengere Kontrollen und ein höheres Strafmaß.

Wir brauchen endlich Rahmenbedingungen, die auf die besonderen Herausforderungen des Friseurhandwerks Rücksicht nehmen.

Unsere Forderungen beziehen sich auf eine Branche,

- die 60% vom Umsatz für Personalkosten ausgibt, also personalintensiv ist.
- deren Leistungen nicht automatisierbar/digitalisierbar sind.
- die sich ausschließlich an Privatpersonen wendet, welche Mehrwertsteuer nicht saldieren können.
- die keine personellen Synergien nutzen kann, da die Dienstleistung von Person zu Person durchgeführt wird.
- in der 53 % aller Unternehmen jährlich weniger als 50.000 € erwirtschaften, Tendenz steigend.
- in der 30% aller Unternehmen keine Umsatzsteuer abführen.
- in der 2.015 Friseurunternehmen akut insolvenzgefährdet sind und 16.000 Betriebe eine baldige Schließung befürchten.
- die nicht steuerlich geltend gemacht werden kann.
- deren Leistungen auch mit geringem Startkapital von zuhause schwarz durchgeführt werden kann.
- die eine Quote arbeitslos/arbeitssuchend von 15% hat.
- in der Ø 25% Strafanträge nach Zollkontrollen gestellt werden.
- in der nur noch 11% aller Betriebe ausbilden.

Für diese Nachteile fordern wir individuelle, faire Rahmenbedingungen. Damit wir gemeinsam stark in eine sichere Zukunft gehen.